12. Mai 2015

Konferenz der umweltpolitischen Sprecher der SPD

Gemeinsame Erklärung

Klimaschutz stärkt wirtschaftliches Wachstum – Umwelt und Wirtschaft gemeinsam denken

Die SPD steht zu den vereinbarten Klimaschutzzielen. Klimaschutz stärkt das wirtschaftliche Wachstum und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit. Er reduziert die Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern und unterstützt die Entwicklung neuer Technologien. In den Bereichen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind bis heute rund 800.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland entstanden. Wir werden den schnellstmöglichen Umstieg auf Erneuerbare Energien und den Ausbau von Energieeffizienz und Energieeinsparung vorantreiben.

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent - gegenüber dem Stand von 1990 - zu senken. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die jetzige Bundesregierung mit dem „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ eine zusätzliche Absenkung der Treibhausgasemissionen in den verschiedenen betroffenen Sektoren beschlossen.

Wir unterstützen Sigmar Gabriel und sind sicher, dass sich Klimaschutz, ökonomische Vernunft und soziale Herausforderungen nicht ausschließen.

Integration der 2030 Ziele auf europäischer Ebene

Es gibt drei verbindliche Ziele, welche wir in Europa für 2030 festlegen müssen: 1. Die CO2-Reduktion, 2.die Steigerung der Energieeffizienz und 3. der Ausbau von erneuerbaren Energien. Nur so kann die EU ihre Führungsposition bei der Entwicklung der Technologien für eine künftige klimafreundliche Wirtschaft halten.
Auf der 21. UN-Klimakonferenz in Paris muss ein globales und rechtlich verbindliches Abkommen erreicht werden.

Unkonventionelles Fracking verbieten

Auf der Grundlage des von der Bundesregierung vorgelegten Regelungspakets zu Fracking haben wir jetzt die Möglichkeit, den Schutz von Umwelt und Gesundheit beim Thema Fracking nachhaltig gewährleisten zu können. Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung war dazu in der vergangenen Legislaturperiode nicht in der Lage.

Die seit Jahrzehnten in Deutschland angewandte konventionelle Erdgasförderung wird mit deutlich strengeren Umweltauflagen modernisiert. Unkonventionelles Fracking zur Förderung von Schiefer- und Kohleflözgas zu wirtschaftlichen Zwecken ist dagegen aus heutiger Sicht mit unabsehbaren Risiken verbunden. Deshalb halten wir den gegenwärtigen Einsatz für nicht verantwortbar. Der Schutz des Trinkwassers und der Schutz der Gesundheit haben für uns absolute Priorität.

Unkonventionelles Fracking zur Förderung von Schiefer- und Kohleflözgas zu wirtschaftlichen Zwecken wird es daher auf absehbare Zeit hin in Deutschland nicht geben können. Im Jahr 2021 wird der Deutsche Bundestag die Angemessenheit der gesetzlichen Verbotsregelung auf Grundlage des bis dahin erlangten Standes von Wissenschaft und Technik und einer öffentlichen Debatte überprüfen können.

Eine wie auch immer geartete „Ersatzentscheidung“ durch eine Expertenkommission ist mit enormer Rechtsunsicherheit verbunden und unterminiert die Entscheidungskompetenz des Gesetzgebers.

Auf grüne Gentechnik verzichten

Eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland will keine gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem Acker und in Lebensmitteln. Die Auskreuzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in die Natur und die Durchdringung von Saatgut- und Warenströmen ist nur dann zu vermeiden, wenn auf den Einsatz der grünen Gentechnik verzichtet wird.

Die nationale Umsetzung der EU-Regelung zum sogenannten Opt-out soll daher so ausgestaltet werden, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen grundsätzlich und bundesweit verboten werden kann und somit Äcker und Umwelt in Deutschland gentechnikfrei bleiben.

Die derzeitige Praxis der regelmäßigen Enthaltung Deutschlands bei der Entscheidung über Gentechnik-Anträge in Brüssel muss beendet werden. Die Bundesregierung muss sich bereits beim EU-Zulassungsverfahren gegen die Zulassung aussprechen, um so konsequent gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen einzutreten.